

URGENT ACTION

VERTREIBUNG STOPPEN!

KOLUMBIEN

UA-Nr: UA-052/2019 AI-Index: AMR 23/0230/2019 Datum: 18. April 2019 – ar

Afro-kolumbianische und indigene Gemeinschaften in Bojayá im Departamento Chocó

In Kolumbien droht 7.000 Personen in Bojayá im Departamento Chocó die Vertreibung durch Guerillagruppen und Paramilitärs. Betroffen sind Angehörige der afro-kolumbianischen und indigenen Gemeinschaften in den Gemeinden Unión Baquiza, Unión Cuití, Carrillo, Playita, Mesopotamia und Egoróquera. Die Guerillagruppe *Ejército de Liberación Nacional* und die paramilitärische Gruppe *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* weiten ihre Präsenz und Kampfhandlungen in diesen Gegenden aus.

In Bojayá im Departamento Chocó befinden sich 7.000 Angehörige afro-kolumbianischer und indigener Gemeinschaften in Unión Baquiza, Egoróquera, Unión Cuití, Playita, Mesopotamia und Carrillo im Kreuzfeuer der Kampfhandlungen zwischen bewaffneten Gruppen. Amnesty International betrachtet die Lage mit Sorge und ist der Ansicht, dass die Gefahr massenhafter Tötungen und Vertreibungen besteht. Im Departamento Chocó wurden in jüngster Zeit mehrere Gemeindeglieder_innen ermordet, und die Präsenz bewaffneter Gruppen stellt eine ständige Bedrohung für die dortigen Gemeinschaften dar. Die kolumbianischen Behörden haben bisher nichts unternommen, um diese Menschen zu schützen.

Die meisten der betroffenen Personen können sich bereits seit mehr als einem Jahr nicht mehr frei bewegen, da sie versuchen, sich vor den Aktivitäten der Guerillagruppe *Ejército de Liberación Nacional* (Nationale Befreiungsarmee) und der paramilitärischen Gruppe *Autodefensas Gaitanistas de Colombia* zu schützen. Diese haben im vergangenen Jahr Antipersonenminen in der Gegend gelegt, Kinder rekrutiert, Gemeindeglieder_innen getötet und ganze Gemeinschaften belagert. Es gab einige Fälle, in denen Angehörige der Gemeinschaften die Zusammenarbeit der bewaffneten Gruppen mit Angehörigen der kolumbianischen Armee angeprangert haben.

Amnesty International warnte in einem 2017 veröffentlichten Bericht, dass die kolumbianische Regierung in dieser Gegend von Chocó ein Klima der Ausgrenzung und Vernachlässigung geschaffen hat, was die Schutzbedürftigkeit der dortigen Gemeinschaften noch weiter verstärkt. Die Reaktion der Behörden auf die dortige Lage war bisher alles andere als umfassend und konzentriert sich lediglich auf militärische Maßnahmen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Angehörigen der indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften im gesamten Departamento Chocó sind bereits seit einiger Zeit schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Für diese Menschenrechtsverstöße sind Guerillagruppen, Paramilitärs und das Militär verantwortlich, die in der Gegend Menschen vertreiben und töten.

Im Jahr 2002 kam es zu dem sogenannten „Bojayá-Massaker“, mit dem Kolumbien ein neues gewaltsames Kapitel aufschlug. Bei Kämpfen zwischen den Revolutionären Streitkräften von Kolumbien (FARC) und paramilitärischen Gruppen wurden dort Tausende Menschen getötet. Die kolumbianische Regierung hat damals nicht reagiert, was Menschenrechtsverstößen an Menschen in Konfliktzonen vermutlich Vorschub geleistet hat. Das Büro der Ombudsperson hat 2002 mehrere Male gemahnt, dass es an angemessenen Schutzmaßnahmen für afro-kolumbianische und indigene Gemeinschaften in Bojayá mangelt, und die unzulängliche Reaktion der Behörden kritisiert. Die Ombudsperson kam zu dem Schluss, dass dies die Schutzbedürftigkeit der betroffenen Gemeinschaften noch erhöht habe.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte erarbeiten Sie umgehend und in aktiver Zusammenarbeit mit den Betroffenen eine umfassende Strategie zum Schutz der Gemeinschaften in Unión Baquiáza, Egoróquera, Unión Cuití, Playita, Mesopotamia und Carrillo.
- Leiten Sie bitte eine Untersuchung aller rechtswidrigen Aktivitäten seitens der bewaffneten Gruppen ein und stellen Sie die Verantwortlichen vor Gericht.
- Sorgen Sie zudem dafür, dass die Betroffenen Zugang zur Justiz und Entschädigung erhalten. Garantieren Sie bitte, dass diese Gemeinschaften vor weiteren Menschenrechtsverstößen geschützt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Iván Duque
Presidente de la República
Palacio de Nariño, Carrera 8 No.7-26
Bogotá, KOLUMBIEN
(Anrede: Dear President Duque / Excmo. Sr. Presidente /
Sehr geehrter Herr Präsident)
E-Mail: contacto@presidencia.gov.co
Twitter: @IvanDuque

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK KOLUMBIEN

S.E. Herrn Hans-Peter Knudsen
Taubenstr. 23
10117 Berlin
Fax: 030-2639 6125
E-Mail: ealemania@cancilleria.gov.co

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. Mai 2019** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to immediately deploy a comprehensive protection plan for the people at risk in these communities considering their guidance, approval and participation.
- Please investigate and bring to justice any illegal activity by armed groups affecting the rights of these communities.
- I also call on you to implement the measures of justice, reparation and guarantees to prevent human rights violations against these communities.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

